Antrag L01: Kein Spielraum für Sozialkürzungen - Für einen gerechten Sozialstaat für alle!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung
Antragsgruppe :	L - Leitantrag
Antragsblock:	L01
Antrag L01 Abstimmung	Ja: Mehrheit

Ob die neue menschenfeindliche Grundsicherung, das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters oder steigende Kosten im Gesundheitssystem: Aktuell wird massiv in das Leben der Menschen eingegriffen und der Sozialstaat zusammengekürzt. Was eigentlich ein verlässliches Auffangnetz sein sollte, bricht weg und hinterlässt Verunsicherung. Immer mehr Menschen in Deutschland fragen sich:

Habe ich überhaupt noch Zeit für Freizeit und Erholung? Kann ich mir nächsten Monat noch die Miete leisten? Wie soll ich meinen Job weiterführen, wenn ich ausbrenne? Warum werden meine Sorgen von der Politik ignoriert?

Auch auf Landesebene in Bayern wackelt das soziale Fundament immer stärker: Die Streichung von Familien- und Krippengeld sowie Kürzungen beim Landespflegegeld für Menschen mit Pflegegrad 2 greifen die Gruppen an, die eigentlich am meisten durch den Sozialstaat unterstützt werden sollten. Den Kommunen fehlt es an allen Ecken und Enden an finanziellen Mitteln. Besonders die Bezirke als politischer Raum für Soziales, Gesundheit und Kultur gehen auf dem Zahnfleisch. Gleichzeitig schiebt die Staatsregierung dieses Jahr noch mehr Geld in die Rücklage, als ursprünglich geplant, statt den Kommunen unter die Arme zu greifen.

Besonders stark unter dieser Entwicklung leiden FLINTA*-Personen und andere marginalisierte Gruppen. Queerpolitik ist keine bloße Haltung - sie zeigt sich konkret beispielsweise in der Förderung von Versorgungsstrukturen. Doch Angriffe, insbesondere auf TINA*-Personen, nehmen zu, während der Zugang zu medizinischer Versorgung, unabhängigen Zentren und Beratungsstellen erschwert wird.

Außerdem schlagen Bayerns Frauenhäuser seit langem Alarm: Es fehlt an Plätzen und verlässlicher, ausreichender Finanzierung. Besonders Frauen sind überproportional häufig im Pflege- und Gesundheitsbereich beschäftigt. Kürzungsmaßnahmen treffen sie somit besonders hart!

Eine Sozialpolitik, die heteronormative Ehen - also zwischen (endo cis-)Mann und (endo cis) Frau - ins Zentrum stellt, verhindert auch, dass FLINTA*-Personen unabhängig und selbstbestimmt Leben können. Auch müssen FLINTA*-Personen unabhängig von Gewalt leben können. Eine Sozialpolitik, die es schwerer macht beim gewalttätigen Partner auszuziehen, macht im Zweifel ein sicheres Leben umso schwieriger.

Während die Bundespolitik und die bayerische Staatsregierung einem Sparkurs hinterherrennen und Politiker*innen wie Friedrich Merz behaupten, wir könnten uns den

Sozialstaat nicht mehr leisten, halten wir als GRÜNE JUGEND Bayern mit radikaler Gerechtigkeit dagegen! In Artikel 20 und 28 unseres Grundgesetzes ist das Sozialstaatsprinzip unumstößlich verankert.

Der Sozialstaat scheitert nicht an seiner Finanzierbarkeit, sondern am fehlenden politischen Willen zu gerechter Lastenverteilung. Wir stellen uns diesem Sparkurs entgegen und kämpfen mit Mut für einen solidarischen, gerechten und queerfeministischen Sozialstaat. Sozialpolitik, die auf reine ökonomische Leistung ausgelegt ist, ignoriert Ungleichheit und lässt vor allem Menschen mit Behinderung, FLINTA*-Personen und Sorgearbeitende im Stich.

Diese Politik ist aber kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Entscheidungen. Um das zu verändern, müssen wir zusammenarbeiten und zusammen Veränderung anstoßen!

Auch eindeutig ist für uns: Wir müssen queerfeministische Perspektiven konsequent beim Sozialstaat mitdenken. Es darf nicht sein, dass der Sozialstaat allein für endo cis-Männer funktioniert. Es ist die Aufgabe aller Menschen im Verband, feministische Kritik an dominanten sozialpolitischen Forderungen mitzudenken und dies in politische Praxis zu übersetzen.

Konkrete Instrumente gegen die aktuelle Kürzungen liegen auf dem Tisch: Nutzen wir sie! Ob eine gerechte Vermögenssteuer, die finanzielle Unterstützung für unsere Kommunen oder lautstarker Protest: Wir müssen unsere Ideen austauschen, um gemeinsam an einem Strang ziehen. Dazu gehört es insbesondere, unsere GRÜNE JUGEND Kommunalmandatsträger*innen zu vernetzen und zu fördern. Diese erleben tagtäglich in den kommunalen Parlamenten die finanziellen Auswirkungen der Sparpolitik und können vor Ort dagegen aktiv eintreten! Als GRÜNE JUGEND Bayern unterstützen wir sie bei dieser Aufgabe!

Zuletzt müssen wir als GRÜNE JUGEND Bayern unüberhörbar sein. Nach dem Motto: „Kapitalist*innen, jetzt wird‘s hart - die GJ erkämpft den Wohlfahrtsstaat“ holen wir uns den Sozialstaat als links-grüne Stimme zurück - sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten!

Schlechte Nachrichten und das Gefühl von Ohnmacht dürfen uns nicht lähmen. Wir wollen Hoffnung organisieren, soziale Kälte überwinden und eine rote Linie ziehen: keine weiteren Kürzungen am Sozialstaat! Gerade junge Menschen wie wir wissen, dass unsere Zukunft wertvoll ist!

Begründung

Erfolgt mündlich.